

Verspätung und Avantgardismus

Zur politischen Ökonomie des gesellschaftlichen Umbruchs
in Österreich

Joachim Becker

Avantgarde und Verspätung können eine dialektische Einheit bilden. In Österreich hat sich eine durch und durch bürgerliche Gesellschaft mit durchkapitalisierter Ökonomie erst sehr spät herausgebildet. Eine nennenswerte »innere« Bourgeoisie, die hegemoniefähig wäre, fehlt bis heute. Daher ist auch der politische Bruch mit der Nachkriegsordnung des Neo-Korporatismus sehr spät erfolgt. Und dieser Bruch ist besonders hart, da fehlende bürgerliche Hegemonie auch fehlende Hegemonie der liberalen Ideologie bedeutet. Daher muß der neue Rechtsblock auf andere Konkurrenzideologien stützen. Diese sind speziell Nationalismus und – oft eher kodiert – Rassismus. Damit sind auch diskursive Rückbezüge zu den beiden Varianten des Faschismus – Klerikalfaschismus und Nazi-Faschismus – gegeben. Auch diese Faschismen waren Ergebnis fehlender Hegemoniefähigkeit des Bürgertums. Doch liegt die Wiederholung nur in der Kompensation fehlender Hegemoniefähigkeit, nicht im Gesellschafts- und Staatsprojekt. Ziel ist die Etablierung eines »nationalen Wettbewerbsstaates« (Hirsch 1995). Der Staat ist das zentrale Element eines neuen »Regulationsdispositivs« (Becker/Raza 1999), das veränderte Akkumulationsstrategien absichern soll. Alle Veränderungen der Regulation bedürfen einer politischen Sanktionierung durch den Staat (sh. Cox 1987: 105). Daher sind Zugänge zum Staat, die territoriale Konfiguration der Staatlichkeit und Tätigkeitsmuster des Staates in Umbruchsituationen hart umkämpft. Zentrale Filter und zugleich Kampffelder der Staatlichkeit sind die Zivilgesellschaft, das Parteiensystem, die institutionelle Konfiguration staatlicher Entscheidungszentren sowie die Rekrutierungsmuster staatlichen Personals. Der Aufstieg der FPÖ seit Mitte der 80er Jahre und deren jüngste Regierungsbeteiligung stehen im engen Zusammenhang mit den Konflikten um eine Veränderung dieser Elemente der Staatlichkeit. Diese geht durchaus in eine ähnliche Richtung wie in anderen europäischen Staaten. Das Besondere sind die ideologischen Bezugspunkte des reaktionären Diskurses in Österreich: der doppelte Faschismus. Das auch für andere Staaten potentiell richtungsweisende Element ist die Etablierung eines Nationalliberalismus mit autoritären Einfärbungen. Richtungsweisend scheint dieses Modell speziell für spätindustrialisierte Staaten zu sein, in denen die Durchsetzung eines neuen Gesellschafts- und Staatsprojekts im euroliberalen Gewande auf Legitimierungsprobleme stößt und bereits in der Zwischenkriegszeit rechtsautoritäre oder faschistische Regime etabliert worden waren. Hier scheinen im historischen Entwicklungsgang entstandene autoritäre »Alltagsreligion« ein hohes Beharrungsvermögen aufzuweisen. »In der Alltagsreligion sind«, so Claussen (2000: 28), »die

generationenübergreifenden und überindividuellen Gewissheiten aufbewahrt, ohne die Menschen nicht handlungsfähig wären. Wirkungen und Grenzen der Idologien lassen sich besser verstehen, wenn man mit der Realität der Alltagsreligion rechnet.«

Daher beginne ich auch mit einer Skizze der historischen Voraussetzungen des aktuellen Umbruchs in Österreich, bevor ich auf die politische Ökonomie des Aufstiegs der FPÖ und der Bildung der Rechtskoalition zu sprechen komme.

Die beiden Faschismen

Österreich ist im Europa des 20. Jahrhunderts insofern singulär, als es nicht nur eine, sondern zwei Varianten faschistischer Herrschaft kannte. Die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs war in der Zwischenkriegszeit schlechter als in jedem anderen europäischen Staat, der herrschende Block war nicht hegemoniefähig. Er suchte die aus der Vorkriegszeit überkommene soziale Ordnung zu stabilisieren, die sich unter anderem durch einen großen kleingewerblichen und -bäuerlichen Sektor auszeichnete. Der Erhalt dieses Sektors stand einer verstärkten Binnenmarktorientierung der Industrie entgegen. Diese traf jedoch auch auf den Exportmärkten nach dem Zerfall der Habsburger Monarchie auf erhebliche Barrieren. Zudem wurden die industriellen Interessen im Zweifelsfall den Akkumulationsinteressen der nach wie vor international orientierten Großbanken untergeordnet. Ab Ende der 20er Jahre schien dem konservativen Block unter politischer Führung der Christlich-Sozialen Partei eine wirtschaftsliberale Lösung der Krise im Rahmen eines parlamentarischen Systems nicht mehr möglich. Schrittweise schaltete er demokratische Instanzen aus. Den bewaffneten Widerstand der Sozialdemokratie schlug er im Februar 1934 nieder. Auch gegen die rivalisierende Variante des Nazi-Faschismus, die aus dem Reservoir des anti-klerikalen, deutschnationalen Lagers schöpfen konnte, gingen die Christlich-Sozialen vor. Mit der Ausschaltung der Sozialdemokratie war der Weg zu Installierung eines klerikalfaschistischen Regimes endgültig frei. Über ein »ständestaatliches« Modell suchte die Rechte die subalternen Klassen unter seine organisatorische Kontrolle zu bringen. Wichtiger ideologischer Träger war, speziell in den ländlichen Bastionen des »Austro-Faschismus«, der katholische Klerus. Als zentrale ideologische Bindemittel waren Antisemitismus und Österreich-Ideologie konzipiert. Die Österreich-Ideologie knüpfte am kleinbürgerlich und -bäuerlichen Wunsch nach Schutz vor äußerer Konkurrenz an. Doch gab es in konservativen Kreisen gleichzeitig weiterhin Nostalgie nach den verflossenen Tagen der Habsburger Monarchie und der Großstaatlichkeit, die in der Vergangenheit für die extensive, auf den großen Wirtschaftsraum orientierte Akkumulation so günstig gewesen waren. Daher suchten die Christlichsozialen das Bekenntnis zu einem katholisch-ständischen Österreich mit einer Orientierung auf ein künftiges katholisch eingefärbtes, föderalistisches Deutsches Reich bzw. mit Mitteleuropa-Konzeptionen zu verbinden. »Interpretiert man diese katholisch-österreichische Spielart des Gesamtgermanismus als eine Ideologie von Depossidierten mit Wiederaufstiegswillen, dann ergab sich für das austrofaschistische Regime das nicht lösbare Problem, daß es sich zu einer Ideologie und zu einem politischen Programm bekannte, das es selber nicht realisieren konnte, sondern nur zusammen mit seinem eigentlichen äußeren Feind, dem nationalso-

zialistischen Deutschen Reich« (Staudinger 1988: 310 f.). Dieser ambivalenten Orientierung auf großstaatliche Lösungen ließ sich eine polit-ökonomische Rationalität nicht absprechen. Denn bei Fortsetzung des bisherigen Akkumulationsmodells hätte die Krise nur überwunden werden können, wenn entsprechende Exportmärkte bereitgestanden hätten. Diese existierten jedoch für Österreich nicht. Daß eine Beibehaltung eines eher extensiven Akkumulationsmodells privilegierter Absatzmärkte bedurfte, hatten die deutschen Faschisten verstanden. Und hierin lag auch eine zentrale Begründung für den territorialen Expansionismus des NS-Regimes. Ein erstes Ziel ihrer Expansion war Österreich. Dank der guten Rüstungskonjunktur im faschistischen Deutschland gewann der Nazi-Faschismus im Nachbarland, wo auch die soziale Basis der Austrofaschisten materiell unter deren liberaler Wirtschaftspolitik litt, an Sympathisanten.

Eine solide soziale Basis für den Nazi-Faschismus in Österreich, die innenpolitische Schwäche und außenpolitische Isolierung des austrofaschistischen Regimes machten den »Anschluß« Österreichs an das Deutsche Reich für das NS-Regime zu einem wenig risikoreichen Unterfangen. Der »Anschluß« war politischer wie ökonomischer Natur. Österreich wurde in den deutschen Staat integriert, die führenden Funktionäre des »Austro-Faschismus« wurden trotz ideologischer Affinitäten – z. B. dem Anti-Semitismus – nicht nur abgesetzt, sondern inhaftiert. Die österreichische Wirtschaft wurde nicht nur prompt in die deutsche Kriegsökonomie eingegliedert, viele ihrer zentralen Bestandteile gingen auch in deutsches Eigentum über (Sandgruber 1995: 423, Tab. 41). Die Industrialisierung erhielt, beispielsweise in Oberösterreich, einen rüstungsbedingten Schub (Hanisch 1994: 351 ff.). Übereinstimmung mit der rassistischen Politik des Nazi-Faschismus und eine autoritäre Grunddisposition in signifikanten Kreisen der Bevölkerung sowie die Rüstungskonjunktur trugen der NS-Besatzungsmacht eine nennenswerte soziale Basis ein. Der Organisationsgrad der NSDAP war mit ca. 11 % noch etwas höher als im Deutschen Reich (Manoschek 1995: 105, Anm. 1). »Für die Mehrheit der Österreicher war die NS-Herrschaft«, so der Historiker Ernst Hanisch (1994: 390), »nicht nur legale, sondern auch legitime Herrschaft. In keinem Moment konnte der Widerstand die Stabilität des Regimes tatsächlich gefährden.« Zentrale Widerstandskraft war die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ), gefolgt von konservativen Gruppierungen und der Sozialdemokratie. Eine besondere Rolle spielte auch die slowenische Minderheit in Kärnten, die sich z. T. zum bewaffneten Widerstand entschloß. Dem Nazi-Faschismus setzten jedoch die Alliierten ein Ende.

Austro-Fordismus und Sozialpartnerschaft: die FPÖ in der Isolation (1945-1970)

Trotz des eher schwachen anti-nazistischen Widerstandes wurde der österreichische Staat nach dem zweiten Weltkrieg von den Alliierten wiederhergestellt. Er blieb jedoch bis zur Unterzeichnung eines Staatsvertrages im Jahr 1955 unter Aufsicht der Siegermächte. Der prekäre internationale Status wirkte nach innen als Druck zur Konsensfindung. Tatsächlich gingen die Bürgerkriegsparteien aus dem Jahr 1934 – die Sozialdemokratie und die zur postfaschistischen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) mutierten Christlichsozialen – eine große Koalition ein, an der zunächst auch die KPÖ beteiligt war.

Der großkoalitionäre Pakt schloß eine klare ideologische Profilierung der beiden Parteien aus. Diese strichen als Lehre aus der Zwischenkriegszeit vielmehr heraus, die gemeinsam verwaltete friedliche Koexistenz von rotem und schwarzem Lager anstelle des Konflikts zu setzen. Eine Gemeinsamkeit konstruierten sie aus dem Leiden ihrer Funktionäre in den nazi-faschistischen Konzentrationslagern. Sie stellten Österreich einseitig als Opfer des deutschen Faschismus hin, was nach innen entlastend und nach außen den Staat legitimierend wirken sollte. Die Österreich-Ideologie feierte in Abgrenzung vom Nazi-Faschismus eine Wiederauferstehung. Der ideologische Nachkriegskonsens war national (siehe Etzersdorfer 1996), nicht anti-faschistisch.

Die große Zahl früherer NSDAP-Mitglieder suchten Sozialdemokratie und ÖVP individuell in ihre Parteien zu integrieren. Eine nazistische Vergangenheit war in der Nachkriegszeit kein Hindernis für eine rasche Karriere (siehe zur besonders bezeichnenden Entwicklung in Kärnten Elster 1998). Doch alle früheren NSDAP-Mitglieder und -Anhänger ließen sich so nicht aufsaugen. Nicht zuletzt um die Rechte zu spalten, ließ der SPÖ-Innenminister Oskar Helmer 1949 den Verband der Unabhängigen (VdU) zu, der auf Anhieb 11,7 % der Stimmen erlangte (Pelinka 2000: 49 f., Fiala 1999: 55). Diesem gelang es allerdings nie, »den Ruf als ›Partei alter Nazis‹ zu überwinden und aus der Isolation auszubrechen« (Fiala 1999: 55). 1955 entstand aus dem besonders deutschnational eingefärbten Flügel der VdU die FPÖ. »Im ersten Jahrzehnt ihrer Existenz war die FPÖ«, so Luther (1991: 248), »organisatorisch schwach, programmatisch ausgesprochen national und auf wenige Themen beschränkt, in der Wählergunst bald sinkend und vom politischen Geschehen weitgehend ausgeschlossen.« Sie galt weder als bundesregierungs-tauglich noch spielte sie in den neo-korporatistischen Aushandlungssystemen eine Rolle. In ihrer schwachen Präsenz im erweiterten Staat wie in ihren regionalen Schwerpunkten (v.a. in Oberösterreich, Salzburg, der Steiermark und Kärnten, vgl. Dachs 1995: 146 mit Luther 1991: 251 f. sowie Hänisch 1998: 195) waren Kontinuitätspunkte bis ins vor-nazistische deutschnationale Lager zu sehen.

Besonders bezeichnend für die politische Randrolle der FPÖ war ihre Bedeutungslosigkeit in den neo-korporatistischen Organisationen. Diese waren für den sozialen Kompromiß zwischen der konservativen Rechten und Sozialdemokratie und die darauf aufbauende Regulation der Nachkriegszeit zentral. Die österreichische Bourgeoisie ging den Pakt mit der Sozialdemokratie aus einer Position der Schwäche ein. Die meisten österreichischen Privatunternehmen waren nur mehr Klein- und Mittelbetriebe. Das vormalige deutsche Kapital wurde rasch verstaatlicht, nicht zuletzt um es dem Zugriff der Besatzungsmächte zu entziehen. Der verstaatlichte Sektor entwickelte sich zu einer Bastion der Sozialdemokratie. Da die Kapitalseite relativ schwach war, hatte sie ein Interesse an stark entwickelten Vertretungsorganisationen, speziell der Wirtschaftskammer (Traxler 1993: 104 f.). Der Wirtschafts- und Landwirtschaftskammer standen Arbeiter- und Angestelltenkammer sowie Österreichischer Gewerkschaftsbund gegenüber. Die Kapitalseite war eng mit der ÖVP, die Arbeitnehmerseite eng mit der Sozialdemokratie verflochten. Allmählich entwickelte sich ein neokorporatistisches Aushandlungssystem aus hochzentralisierten, intern wenig demokratisierten Interessenvertretungen, die über die beiden Großparteien eng mit den staatlichen Entscheidungszentren verbunden waren. Über neo-korporatistische Organisatio-

nen und den Staatsapparat liefen die klientelistischen Praktiken der beiden Großparteien ab, die so ihren Mangel an Hegemoniefähigkeit kompensierten.

Die neo-korporatistische Staatlichkeit stützte ein Akkumulationsregime ab, das eine auf Lohnzurückhaltung basierende Exportstrategie mit einer schrittweisen Erschließung des Binnenmarktes verband (Becker/Novy 1999). Die einfache Warenproduktion wurde allmählich vom kapitalistischen Sektor aufgesaugt, die dort »freigesetzten« Arbeitskräfte recht schmerzlos in die kapitalistische Lohnarbeit integriert. Materiell bedeutete die Eingliederung in die Lohnarbeit vielfach eine Besserstellung. Mit der relativen ökonomischen Prosperität gewann der Österreich-Nationalismus auch ein materielles Substrat.

Sozialdemokratischer Austro-Keynesianismus: die Latenzphase der FPÖ (1970-1986)

Gegen Ende der 60er Jahre nahm die Außenorientierung des österreichischen Akkumulationsregime sprunghaft zu. Die Exportquoten stiegen rasch an. Auch die Direktinvestitionen in Österreich nahmen zu. Damit begann sich die Eigentumsstruktur des Kapitals zugunsten des Auslandskapitals, vor allem des bundesdeutschen Kapitals zu verändern. Etwa 40% der Auslandsinvestitionen und der österreichischen Einfuhren kamen aus der BRD. Damit wurde Österreich zunehmend in die bundesdeutschen Kapitalkreisläufe integriert. Diese ökonomische Integration wurde durch eine relativ fixe Bindung des Schilling an die DM auch politisch abgestützt (sh. Scherb/Morawetz 1990). Die nun sozialdemokratisch dominierte Regierung entschloß sich jedoch nicht zu einem EWG-Beitritt, sondern suchte zunächst den relativen Entwicklungsrückstand gegenüber der BRD durch eine aktive Industriepolitik zu verringern. Hierbei maß sie den verstaatlichten Unternehmen eine zentrale Bedeutung bei.

Die Politik der partiellen Außenöffnung und forcierten Modernisierung des Produktionsapparates flankierte die Regierung durch eine expansive Fiskalpolitik, die auf Vollbeschäftigung ausgerichtet blieb. Diese »austro-keynesianische« Politik war wirtschaftlich außerordentlich erfolgreich. Das Wirtschaftswachstum war in Österreich in den 70er Jahren höher, die Arbeitslosigkeit geringer als in den meisten westeuropäischen Staaten. Paradoxerweise vollendete die Sozialdemokratie die Durchkapitalisierung der österreichischen Ökonomie und die Herstellung einer durch und durch bürgerlichen Gesellschaft. Beides war für Angehörige subalternen Klassen durchaus noch mit einer sozialen Aufwärtsmobilität verbunden. Beispielsweise wurde das Bildungswesen deutlich ausgebaut und im Hochschulbereich auch demokratisiert. Der Wind von 68 wehte in Österreich zwar eher als leises Lüftchen, aber der konservativ-klerikale Mief wurde doch durchlüftet. Im Gegensatz zur SPD vermochte die SPÖ die Impulse von 68 weitgehend aufzunehmen. Die neuen sozialen Bewegungen blieben eher schwach und dem staatlichen Establishment verbunden.

Der sozio-ökonomische Strukturwandel wurde von den neo-korporatistischen Organisationen akkomodiert. Über diese blieb auch die ÖVP, wenn auch nur noch mittelbar, in die Politikformulierung eingebunden. Aus der Regierung schied sie mit ihrer Wahlniederlage im Jahr 1970 aus. Stattdessen bildete die SPÖ mit dem Kanzler Bruno Kreisky 1970 zunächst eine Minderheitsregierung, nach Neu-

wahlen im Jahr 1971 dann eine Alleinregierung. Die Bildung der SPÖ-Minderheitsregierung bedeutete für die FPÖ den ersten Schritt aus der bundespolitischen Isolation. Die FPÖ erlaubte nämlich durch Tolerierung die Bildung dieser Regierung. Die SPÖ wiederum honorierte die Tolerierung durch die Ernennung mehrerer SPÖ-Minister mit NS-Vergangenheit (Pelinka 2000: 52 ff.) und einer Wahlrechtsreform zugunsten von Kleinparteien wie der FPÖ (Luther 1991: 248). Nach dem Verlust der absoluten SPÖ-Mehrheit im Nationalrat ging die SPÖ 1983 dann sogar eine Koalition mit der – zu dieser Zeit eher liberal orientierten – FPÖ ein. Damit hatte die FPÖ das Siegel der Regierungsfähigkeit erhalten. Allerdings schlug sich diese für die organisatorisch schwache und in einen eher deutsch-nationalen und einen eher liberalen Flügel gesplante FPÖ nicht in einer Verbesserung, sondern in einer Verschlechterung ihrer Wahlchancen nieder. Damit eskalierte die innerparteiliche Auseinandersetzung, in der sich der deutsch-nationale Flügel um Jörg Haider im September 1986 durchsetzte (Luther 1991: 248).

Wie die Folgejahre zeigen sollten, integrierte die SPÖ in der Kreisky-Ära die FPÖ nicht nur in das Spiel der Regierungsbildung, sondern schuf in dieser Zeit – nicht-intentional – auch die sozio-ökonomischen und -politischen Voraussetzungen für den Aufstieg der FPÖ.

Großkoalitionärer Sozialliberalismus und Aufstieg der FPÖ (1987-1999)

Anfang bis Mitte der 80er Jahre büßte die bisherige SPÖ-Regierungspolitik entscheidende Grundlagen ein. Die internationale Hochzinspolitik entzog der expansiven Fiskalpolitik die Grundlagen. Bereits in den Jahren 1983-86 schwächte die SPÖ-FPÖ-Regierung daher die Vollbeschäftigungspolitik ab. Mit dem Binnenmarktpolitik der EU sah sich die ökonomische, nicht aber politische Integrationspolitik vor potentiell steigende EU-Barrieren gestellt. Und durch die Rechts- und Wende in der FPÖ, die sich gleichzeitig von einer Honoratioren- in eine Führerpartei transformierte, sah sich die SPÖ zu einer Kündigung der Koalition veranlaßt.

Daraufhin kam es Anfang 1987 zur erneuten Bildung einer großen Koalition aus SPÖ und ÖVP. Als zentrales gemeinsames Projekt der beiden Parteien entwickelte sich der Beitritt zur EU. Die Initiative ging von der Unternehmenseite aus. Doch dann stieg auch die zunehmend liberal ausgerichtete SPÖ sowie Arbeiterkammer und Gewerkschaften in das Integrationsprojekt ein. Dies bedeutete faktisch auch ein eindeutiges Einschwenken auf eine liberale Politik. Denn in diese Richtung entwickelte sich die EU mit Binnenmarktpolitik und Währungsunion. Beide sollten sowohl die Konkurrenzfähigkeit des Kapitals gegenüber den Kapitalien aus den anderen beiden Triaderegionen stärken wie die Akkumulation des Finanzkapitals fördern (Becker 1998a). Neue Anlagefelder für das Finanzkapital können vor allem durch eine Privatisierung der Sozialversicherung erschlossen werden. Daher ist die EU-Politik über budgetäre Restriktionen mittelbar auf den Abbau der Sozialstaatlichkeit gerichtet. Die anti-sozialstaatlichen Kräfte sind auf EU-Ebene durchsetzungsfähiger als auf nationalstaatlicher Ebene. Das ist auch einer der Gründe, warum sie auf eine partielle Stärkung der EU-Ebene und eine entsprechende Veränderung der Staatlichkeit drängten.

Ähnlich wie in anderen europäischen Staaten verlor auch in Österreich das Kapital mit dem Ende der Systemkonkurrenz den zentralen politischen Anreiz zum

Erhalt des überkommenen Sozialstaates. Mit der veränderten Konstellation verloren Gewerkschaften und Arbeiterkammer im neo-korporatistischen Aushandlungssystem an Gewicht. Mit dem Verlust der austro-keynesianischen Politikoption agierte die SPÖ zunehmend orientierungslos und begab sich diskursiv mit den Floskeln von Modernisierung und Standortwettbewerb auf liberales Terrain. Auf eine liberale Regierungslinie suchte auch die ÖVP mit diskreten Verweisen auf die Koalitionsalternative FPÖ, die sie allerdings in der heißen Phase der EU-Beitrittsverhandlungen unterließ, die Sozialdemokratie festzuliegen (Pelinka 2000: 55 f.). Allein bei den Sozialversicherungen hielt die SPÖ grundsätzlich an einem Solidarprinzip fest und suchte das bestehende Sozialversicherungssystem zu stabilisieren.

Der weitgehende Verzicht der SPÖ wie der ihr nahestehenden Organisationen auf emanzipatorische Praxis und der verschärfte Verteilungskonflikt ermöglichten es der FPÖ, Konfliktlinien zu politisieren, die quer zur Klassenspaltung verlaufen, und sich die individualisierende Konkurrenz zu nutze zu machen (siehe Berghold/Ottomayer 1995: 320). »Die Konkurrenz«, so Marx und Engels (1958: 61, Fußnote) in der »Deutschen Ideologie«, »isoliert die Individuen, nicht nur die Bourgeois, sondern mehr noch die Proletarier gegeneinander, trotzdem es sie zusammenbringt.« Die Konkurrenzmechanismen wurden durch die sozialliberale Politik zunehmend gestärkt und waren zunehmend bewußtseinsprägend.

Dies stellte die FPÖ unter der Führung des propagandistisch begabten Jörg Haider in Rechnung. Haider und andere führende FPÖ-Politiker suchten zwar den Nazi-Faschismus durch Äußerungen über eine »ordentliche Beschäftigungspolitik« (zit. n. Scharsach 1992: 132) oder die Ehre von SS-Männern zu rehabilitieren (ibid.: 97 ff.), doch war die Hauptstoßrichtung eher liberal-autoritär. Liberalismus und Autoritarismus widersprechen sich, entgegen weitverbreiteter Auffassung, nicht. »Als ökonomische Theorie ist der Liberalismus«, so der liberale Philosoph Norberto Bobbio (1988: 121), »Verfechter der freien Marktwirtschaft; als politische Theorie Verfechter eines Staates, der so wenig als möglich regiert oder, wie man heute sagt, des Minimalstaates, d.h. der auf das kleinste notwendige Maß reduziert ist.« Damit ist die potentielle Reichweite demokratischer Entscheidung per Definition eng begrenzt, und zahlreiche liberale Theoretiker setzten sich argumentativ dafür ein, politische Partizipation zu begrenzen. Denn breite politische Partizipation kann leicht dazu führen, daß der Staat mehr als Minimalmaße annimmt und die wirtschaftliche Dispositionsfreiheit beschnitten wird (sh. Boron 1994: 90 ff., Becker 1998b: 11 ff.). Die liberal-autoritäre Ausrichtung der FPÖ wird vor allem bei dem Diskurs über den Staat deutlich.

Die FPÖ griff die sogenannte »sozialistische Bonzenwirtschaft« an. Arbeiterkammern und Gewerkschaften stilisierte sie zu Hauptfeinden des »kleinen Mannes«. Sie forderte nachdrücklich die Zurückdrängung gesellschaftlicher Vermittlungsinstanzen wie Gewerkschaften und den Übergang zu einer eher plebiszitären Demokratie. Der Staat soll nach »privatwirtschaftlichen Vorbildern« gestaltet sein (FPÖ 1999: 134; auch Kap. VIII, siehe Ptak/Schui 1998: 101, Reinfeldt 2000: Kap. IV). Diese Sicht des Staates ist weniger in Kontinuität mit den faschistischen Thesen und Praktiken der Zwischenkriegszeit, die auf die Durchstaatlichung gesellschaftlicher Bewegungen zielten, als mit den theoretischen Ansätzen von Liberalen wie Hayek (Ptak/Schui 1998: 101) und der politischen Programmatik und Praxis des Autoritärliberalismus der thatcheristischen Konservativen (Reinfeldt 2000:

64) oder der Forza Italia (Becker 1998b: 19). Entsprechend dieser liberalen Perspektive soll sich der Staat auf wenige Kernbereiche beschränken (FPÖ 1999: 123). Den Sozialstaat denunzierte die FPÖ als freiheitsfeindlich. Das freie Spiel der Marktkräfte gewährleistet für sie am besten das gesellschaftliche Optimum. Das hat auch schon der liberale Ökonom und Soziologe Vilfredo Pareto – früher intellektueller Wegbereiter des italienischen Faschismus (siehe Deppe 1999: 202 ff.), heute Leitfigur der liberalen Ökonomen – vor gut 100 Jahren behauptet. Danach gehe es bei einer Form des Klassenkampfes darum, »sich der Regierung zu bemächtigen, um aus ihr eine Beraubungsmaschine zu machen« (Pareto 1964: 386). Daraus läßt sich schlußfolgern, daß die Staatstätigkeit radikal begrenzt werden muß. Genau dies ist auch der Kern der aktuellen Sozialstaatskritik.

Auch im Gesellschaftsbild läßt sich eine grundlegende Affinität zwischen den Thesen der Freiheitlichen und der Theorie Paretos feststellen. »Ziel der Freiheitlichen ist es nicht, die Ungleichheit zu beseitigen«, so Ptak und Schui (1998: 104), »im Gegenteil, im Gesellschaftsbild der FPÖ sind Ungleichheit und Hierarchie die Grundlagen des menschlichen Seins.« Eine wettbewerbsorientierte Politik soll eine Chancengleichheit herstellen, die, so das FPÖ-Programm vom Herbst 1997, dem Umstand Rechnung trägt, »daß in einer pluralistischen Gesellschaft das Vorhandensein von verschiedenen Schichten und Gruppierungen natürliches Ergebnis unterschiedlicher Entwicklungen des Menschen ist« (FPÖ 1999: 136). Das ist die Wiederkehr der Elitentheorie Paretos (siehe Pareto 1906). Über Pareto läßt sich auch der Bogen zurück zur autoritären Staatlichkeit schlagen. Denn ein vom politischen Kräftespiel abgeschotteter Staat sollte aus Sicht Paretos dem rationalen Markthandeln den Weg bereiten (siehe Deppe 1999: 207).

Neben einem sozialdemagogisch verbrämten Liberalismus sind Nationalismus und Rassismus die Konkurrenzideologien, auf die sich die FPÖ stützt. Die Propaganda der FPÖ ist speziell gegen MigrantInnen gerichtet, die als Gefahr für die nationale Identität, potentielle Delinquenten und gefährliche KonkurrentInnen bei Arbeitsplätzen, Sozialleistungen etc. portraitiert werden (siehe Reinfeldt 2000: Kap. III.D.). Spiegelbildlich heißt die zentrale Parole der FPÖ nun »Österreich zuerst!« (FPÖ 1999: 108). Damit ist prima facie ein »Österreich-Patriotismus« (ibid.: 108) an die Stelle des traditionellen Deutsch-Nationalismus getreten, unter dessen Fahnen auch Haider ursprünglich noch angetreten war. Damit hat sich die FPÖ auf das zentrale Terrain des österreichischen Nachkriegskonsenses begeben. Doch ist die Abkehr von den deutsch-nationalen Wurzeln nicht total, ist es doch für die FPÖ in der österreichischen Rechtsordnung »denklogisch« vorausgesetzt, »daß die überwiegende Mehrheit der Österreicher der deutschen Volksgruppe angehört« (FPÖ 1999: 108). In den anderen »historisch ansässigen (autochthonen) Volksgruppen« sieht die FPÖ »Schutzobjekte« (ibid: 108), denen sie ein Heimatrecht zubilligt. Insgesamt argumentieren die FPÖ-Ideologen eher kulturalistisch als biologistisch.

Die Konkurrenzideologien lassen sich zu einem Standortnationalismus zusammenführen. Indem die FPÖ in ihrer aggressiven Propaganda auf die individuelle Konkurrenzposition (die »Tüchtigen« gegen die »Sozialschmarotzer«) abstellt und Spaltungen quer zum Klassenkonflikt (offen »Österreicher« gegen »Fremde«, subtiler Männer gegen Frauen) politisierte, gelang es ihr, eine Multiklassen-Wählerschaft zu gewinnen. Dabei konnte sie an weitverbreitete Prädispositionen ansetzen. »Viele Angestellte und Stellensuchende hatten«, so Ottomeyer (2000: 11),

»die Macht von »Betriebsratskaisern« so massiv kennengelernt, dass eine Haider-Parole wie »Wir deportieren jeden Bonzen!« auf fruchtbaren Boden fallen konnte.« Auch weitverbreitete Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, speziell in kleineren Städten und auf dem Land (siehe Lebhart/Münz 1999), boten der FPÖ-Propaganda ein günstiges Terrain. In der Neuen Kronen-Zeitung fand die FPÖ für viele ihrer Parolen ein wirksames Sprachrohr. Allerdings musste die FPÖ dieses Sprachrohr mit der Rechtssozialdemokratie teilen. Die FPÖ steigerte ihren WählerInnenanteil bei Nationalratswahlen von 4,9 % im Jahr 1983 auf 9,7 % im Jahr 1986 (Fiala 1999: 57) und dann schrittweise bis auf 26,9 % im Jahr 1999 (Pelinka/Rosenberger 2000: 164, Tab. 9.4), womit die FPÖ die ÖVP als stärkste Kraft der Rechten knapp ablöste. Dabei machten die Freiheitlichen zuerst der ÖVP Kleinbürger, später der SPÖ Arbeiter abspenstig. Bei den Nationalratswahlen im Jahr 1999 hatte die FPÖ deutlich überdurchschnittlich viele Wähler bei Selbständigen und freien Berufen (33 %) und Arbeitern (47 %), während sie speziell bei Beamten und Angestellten nicht so gut abschnitt (Müller 2000: 5). Auch Frauen wählten die FPÖ eher unterdurchschnittlich (Pelinka/Rosenberger 2000: 163, Tab. 9.3). Auffällig ist hingegen der hohe Anteil der FPÖ bei den unter 30-jährigen WählerInnen. Dies mag damit zusammenhängen, daß diese Generation besonders durch eine »wettbewerbliche Gesellschaftsordnung« (Fernandes 1987) geprägt ist.

Die beiden Regierungsparteien zeigten sich gegenüber dem Aufstieg der FPÖ ziemlich hilflos. Am ehesten gelang es ihnen noch sich von Äußerungen von FPÖ-Politikern abzusetzen, die den Nazi-Faschismus zu verharmlosen oder zu rehabilitieren suchten. Die SPÖ zeigte 1986 im Präsidentschaftwahlkampf gegen den ÖVP-Kandidaten Kurt Waldheim, der seine Rolle im Nazi-Faschismus generalamnesierte, erste Tendenzen, von der Sicht Österreichs als alleinigem Opfer des Nazi-Faschismus abzurücken. Franz Vranitzky bekannte sich als erster österreichischer Bundeskanzler dazu, daß Österreicher im Nazi-Faschismus nicht nur Opfer, sondern auch Täter gewesen waren. Unter Hinweis auf die rhetorischen Anleihen von FPÖ-Politikern beim Nazi-Faschismus sprach er der FPÖ auch grundsätzlich die Regierungsfähigkeit auf Bundesebene ab. Schwerer tat sich die SPÖ allerdings bei der Kritik der FPÖ in anderen Bereichen. Denn es bestand in zentralen Feldern ein diskursives Kontinuum zwischen SPÖ, ÖVP und FPÖ – liberaler Umbau des Staates, Stärkung der Wettbewerbskraft, Begrenzung der Zuwanderung. Angesichts hoher Fremdenfeindlichkeit und steigender FPÖ-Wählerzahlen exekutierten SPÖ-MinisterInnen restriktive Immigrationspolitik und extreme Beschränkungen des Zugangs von Nicht-EU-AusländerInnen zum Arbeitsmarkt (Çinar/Davy/Waldrauch 1999) – durchaus im Zuschnitt der FPÖ-Forderungen. Dem setzten auch die Gewerkschaften nichts entgegen. Sie unterstützten zwar bestimmte MigrantInnenverbände (Bratic 2000: 13 ff.), setzten sich aber nicht nachhaltig für eine Gleichberechtigung ausländischer StaatsbürgerInnen auf dem Arbeitsmarkt und politischer Vertretung ein. Daher können Nicht-EU-Ausländer bis heute nicht zum Betriebsrat bzw. zur Betriebsrätin gewählt werden (Çinar/Davy/Waldrauch 1999: 63). Die Grünen, KirchenvertreterInnen und neu formierte Organisationen wie »SOS Mitmensch« waren zentrale FürsprecherInnen der politisch marginalisierten MigrantInnen. Ihre Argumente waren primär moralisch (siehe Johnston Arthur/Görg 2000).

Auf bundespolitischer Ebene blieb die FPÖ von 1986 bis 1999 von der Regierungsbildung ausgeschlossen und war auch in den neo-korporatistischen Organisationen weiterhin schwach. Doch wie gering die Barrieren gegen die FPÖ waren zeigte das Beispiel der Freiheitlichen-Hochburg Kärnten. Dort wurde deutlich, daß die FPÖ für die ÖVP ein potentieller Koalitionspartner war. Mit Unterstützung der ÖVP wurde Haider 1989 zum Landeshauptmann (vergleichbar dem Ministerpräsidenten in der BRD) von Kärnten gewählt. Seine Aussagen zur »ordentlichen Beschäftigungspolitik« im »Dritten Reich« im Kärntner Landtag brachten ihn 1991 zwar um diesen Sessel, aber er fiel weich. Er wurde zum Vize herabgestuft (Gstettner 2000: 100). ÖVP und SPÖ bildeten in Klagenfurt eine neue Achse. Aber nicht von Dauer. »Nach dem FPÖ-Wahlsieg im Frühjahr 1999 (42 Prozent) fand hier die Ausgrenzung ein Ende, und Haider wurde neuerlich zum Landeshauptmann gekürt. Während die SPÖ ihre Ablehnung einer Koalition unter Haider bekräftigte, hielt sich die ÖVP unter Obmann Schüssel diese Option nun wieder offen« (Bailer/Neugebauer/Schiedel 2000: 126). Aber auch einige Sozialdemokraten liebäugelten mit der FPÖ-Option.

Die Regierungsbeteiligung

Am 3. Februar 2000 folgten ÖVP und FPÖ dem Kärntner Beispiel und unterzeichneten auch auf Bundesebene einen Koalitionsvertrag. Hierbei war die FPÖ im Gegensatz zu den Jahren 1983-1986 nun nicht mehr Junior-, sondern entsprechend der Stimmengewichte gleichberechtigter Regierungspartner.

Die Frage ist, warum die Regierungsbeteiligung zu diesem Zeitpunkt erfolgte. Erklärungen, die auf die persönlichen Zerwürfnisse zwischen SPÖ und ÖVP bzw. den Machtdrang des ÖVP-Vorsitzenden Wolfgang Schüssels abstellen, der endlich sein Lebensziel der Kanzlerschaft verwirklichen wollte, greifen zu kurz.

Als erstes ist festzuhalten, daß der Systemkonflikt zwischen West und Ost als Klammer des Neo-Korporatismus und der Sozialstaatlichkeit und damit auch der großen Koalition Ende der 80er Jahre entfiel. Die zweite Klammer, die SPÖ und ÖVP nach 1989 noch zusammenhielt, war die Erlangung der EU-Mitgliedschaft. Das Verhalten der ÖVP läßt darauf schließen, daß sie sich bewußt war, daß bei einer Regierungsbeteiligung der FPÖ eine EU-Mitgliedschaft auf kaum überwindliche Hindernisse gestossen wäre. Die FPÖ stieß in den EU-Staaten auf massive Vorbehalte. Mit einer EU-skeptischen FPÖ in der Regierung statt der organisationsstarken EU-freundlichen SPÖ wäre die Zustimmung zum EU-Beitritt beim obligatorischen Referendum fraglich gewesen. Diese Klammer entfiel mit dem Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bzw. zur EU in den Jahren 1994 bzw. 1995. Damit gewannen, drittens, die zentrifugalen Kräfte auf die SPÖ/ÖVP-Regierung maßgeblichen Einfluß. Hier wäre zunächst die veränderte Eigentumsstruktur des Kapitals zu nennen. Ausländische Filialbetriebe gewannen gegenüber österreichischen Klein- und Mittelbetrieben zunehmend an Bedeutung. Das Auslandskapital ist jedoch weniger auf die politische Vermittlung durch das Kammerssystem angewiesen. Damit verlor der Neo-Korporatismus für die Kapitaleseite zusätzlich an Relevanz. Für das Finanzkapital stellt der Neo-Korporatismus, soweit er den Sozialstaat stabilisiert, sogar ein Hindernis für die Ausweitung des Akkumulationsfeldes mittels Privatisierung der Sozialversicherung dar.

Das österreichische Finanzkapital war (bis zum Verkauf der Bank Austria) allerdings – paradoxerweise – als Folge von Verstaatlichung und Neo-Korporatismus vielfach eng mit der Sozialdemokratie liiert.

Anzeichen für die sich verschiebende Interessenkonstellation gab es während der dreimonatigen und von der ÖVP zum Scheitern gebrachten Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP. Für den Obmann des ÖVP-Wirtschaftsbundes fanden in dieser Zeit Wahlen statt. Der zum neuen Obmann gewählte Christoph Leitl signalisierte den Bedeutungsverlust des Kleingewerbes und die Abkehr von einigen eingefahrenen Praktiken der »Sozialpartnerschaft«, ohne jedoch mit dieser wirklich brechen zu wollen. Wesentlich deutlicher waren die Sympathien für eine ÖVP/FPÖ-Regierung in der Industriellenvereinigung, die stärker die größeren Kapitalgruppen vertritt. Vorbehalte gab es im Vorfeld der Regierungsbeteiligung hier am ehesten gegenüber der Europapolitik und der Verlässlichkeit der FPÖ. Ausdrücklich wurde in einem offiziellen Kommentar der »Industrie«, dem Organ der Industriellenvereinigung, die im Regierungsprogramm vorgesehene Wende vom »Verwaltungsstaat zum Leistungsstaat«, die Abkehr vom Neo-Korporatismus und die wirtschaftspolitische Orientierung begrüßt (Lanthaler 2000: 45).

Konturen des Staatsprojekts

Die bisherige Praxis der Rechtsregierung läßt die Konturen eines »nationalen Wettbewerbsstaats« (Hirsch 1995) erkennen. Das Verhältnis zwischen dem Kern des Staatsapparates und der Zivilgesellschaft (v.a. den Organisationen der Lohnabhängigen) wird verändert. Gewerkschaften und Arbeiterkammer sehen sich mit systematischer Ausgrenzung aus der Politikformulierung konfrontiert (Profil, 3.4.2000: 44). Der institutionelle Umbau des Staates und die veränderte Rekrutierung seines Personals zielen sowohl auf die Schwächung sozialdemokratischer Positionen im Staatsapparat wie auf Privatisierung bzw. deren Vorbereitung. Mitbestimmung, bspw. im Bildungsbereich, wird abgebaut. Auch das Profil staatlicher Regulierung ändert sich: Augenscheinlich sollen die größeren Unternehmen gestärkt und einer noch stärker außenorientierten bzw. auf dem Finanzsektor basierenden Akkumulation der Weg bereitet werden. Im Namen der Wettbewerbsfähigkeit sollen die Lohnspreizung vorangetrieben und ein Niedriglohnssektor etabliert werden (ÖVP/FPÖ 2000: 14 ff., 56 f.). Die eher langfristig angelegte Erosion der Sozialversicherung soll Unternehmen von einem Teil des Soziallohns entlasten und dem privaten Versicherungsgeschäft neue Felder erschließen. Diese Abkehr vom Solidarprinzip wird von erheblichen, in Konkurrenz kategorien denkenden Teilen der Bevölkerung begrüßt. Geschäftsbereiche, die für private Versicherungen nicht lukrativ sind, werden in die Familie verlagert. Somit hat auch die Familienideologie eine ökonomische Rationalität.

Treibende Kraft des neuen Staatsprojekts ist eher die ÖVP als die FPÖ. Sie hat klarere Konzepte, eine intime Kenntnis des Staatsapparates, einen wesentlich größeren Stab an fähigen Kadern und eine leistungsfähigere Parteiorganisation. Die FPÖ tut sich hingegen mit der Transformation von der Oppositions- zur Regierungspartei schwer und muß sich mit mehreren Skandalen, die an ihre Substanz gehen könnten, herumschlagen. Mit einem klaren Rechtsprofil hat die ÖVP einen Teil der mit dem Neo-Korporatismus unzufriedenen (Klein-)Bürger von der

FPÖ zurückgewinnen können. Ein Teil der zuletzt gewonnenen Arbeiterschaft wendet sich wegen der sozialen Einschnitte von der FPÖ ab. Für unzufriedene Teile der Arbeiterschaft scheint die Wahl der FPÖ nur die Zwischenstation zur völligen Abstinenz bei Wahlen zu sein. Auch insofern wird der exklusive Charakter des neuen Staatsprojekts deutlich. Der Niedergang der FPÖ in den Wahlen führt zu Spannungen innerhalb der Koalition und der FPÖ selbst.

Daß die oppositionellen Kräfte von den Spannungen profitieren, ist jedoch zweifelhaft. Denn die oppositionellen Kräfte tun sich mit der Formulierung von Gegenpositionen schwer. Die Kritik der sozialdemokratischen Opposition zielt primär gegen den Abbau des Neo-Korporatismus und die Konturierung des Sozialabbaus. Andere Oppositionskräfte, die zum Teil mit neuen Aktionsformen auf die Bühne getreten sind, wenden sich primär gegen den nationalen Exklusivismus des Rechtsblocks und seine autoritären Tendenzen. Nur eine Minderheit artikuliert fundamentale Kritik. Vielfach bewegt sich die Kritik jedoch auf liberalen Boden und damit im Kontinuum mit den Rechtsparteien. Damit stellt sie nicht das Gesamtprojekt, sondern nur bestimmte »Exzesse« infrage.

Europa und die nationalen Rechten

Die Grenzen einer solchen Kritik zeigt die EU-Politik gegenüber der Rechtskoalition auf. Die Kritik der EU konnte sich nicht gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Rechtsregierung richten, denn diese ist, wie der österreichische Essayist Robert Menasse in der Frankfurter Allgemeinen vom 3. Februar 2000 treffend bemerkte, dem EU-Liberalismus näher als ihr großkoalitionäre Vorgängerin. Die Sanktionen der anderen 14 EU-Staaten hatten ihren Grund eher in den Legitimationsstrategien der beiden Regierungsparteien.

In vielen europäischen Staaten galt – anders als in Österreich (und auch der BRD) – nach 1945 ein antifaschistischer Konsens. Der Nazi-Faschismus mit seiner Politik des mehrfachen Völkermords wurde und wird als Tabubruch aufgefasst. Aus dieser Sicht ist es auch ein Tabubruch, wenn eine Partei in die Regierung aufgenommen wird, deren Repräsentanten durch rehabilitierende und relativierende Äußerungen zum Nazi-Faschismus sowie durch die wiederholte Verwendung von nazi-faschistischer Diktion aufgefallen sind. Dieser Tabubruch wirkt umso gravierender, als gegenwärtig in Südosteuropa »ethnische Säuberungen« mit ethno-nationalistischen und rassistischen Formeln begründet werden. Ein weiteres Wachsen der extremen Rechten auch in Westeuropa wird selbst (oder gerade) von konservativen Parteien nicht gewünscht. Zudem könnte ein EU-kritisch eingefärbter Nationalismus, wie ihn die FPÖ vertritt, das euro-liberale Integrationsprojekt gefährden.

Bewegungen, die erhebliche Gemeinsamkeiten mit der FPÖ haben, gibt es auch in den osteuropäischen Beitrittskandidaten. Zu denken wäre hier an die Hnutica za demokratické Slovensko (HZDS) oder die Slovenská národná strana (SNS) in der Slowakei. In der Präsentation und den rhetorischen Figuren gibt es einige Ähnlichkeiten zwischen Haider und dem HZDS-Führer Vladimír Mečiar (zu letzterem siehe LeVko o.J.), wie auch in der sozialen Zusammensetzung und relativ starken ländlichen und kleinstädtischen Basis der Parteien sowie erkennbarer Kontinuität zu den regionalen Hochburgen faschistischer Parteien in der Zwischen-

kriegszeit Parallelen zwischen HZDS/SNS einerseits und der FPÖ andererseits zu erkennen sind (zur Slowakei sh. Krivák/Feglová/Balko 1996). Ähnlichkeiten sind auch zur Rechtsregierung in Ungarn festzustellen, die eine liberale Wirtschaftspolitik stark anti-korporatistischer Ausrichtung mit nationaler Rhetorik und einer zunehmenden Offenheit gegenüber der extremen Rechten verbindet. Auch sie ist eher in ländlichen und kleinstädtischen Regionen verankert (sh. Toká 1999, Mészáros/Szakadát 1999). In derartigen Bewegungen sieht die EU offensichtlich eine potentielle Bedrohung für den Zusammenhalt der EU. Mit den Sanktionen gegen Österreich hatten die EU-Staaten faktisch den Beitritt osteuropäischer Staaten an politische Konditionen gebunden (siehe Haraszi 2000).

Wie sich zeigen sollte, waren die Erwägungen der EU-Regierungen nicht unbegründet. Entgegen ihren Intentionen gaben sie mit den Sanktionen der Rechtsregierung Munition für eine Offensive nationalistischer Propaganda in die Hand. Die Rechtsregierung portraitierte Österreich als erneutes Opfer des Auslands und der gefährlichen Umtriebe der Sozialdemokratie, forderte den nationalen Schulterschluss gegen die Sanktionen und denunziert die Opposition als vaterlandsfeindlich. Das Vokabular gmahnt an die Zwischenkriegszeit, der ideologische Anknüpfungspunkt ist aber auch der nationale Konsens der Nachkriegszeit. Gerade die Verankerung im Nachkriegskonsens verlieh der »Schulterschluss«-Propaganda der Regierung eine große Wirksamkeit. Als die Rechtsregierung eine Volksabstimmung zur EU-Politik in Aussicht nahm, suchten die EU-Länder nach einer Rückzugsstrategie. Sie fanden sie in der Einsetzung einer Kommission dreier Weiser durch den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Juli 2000. Zumindest zwei der drei Weisen liessen einen positiven Bericht für die österreichische Rechtsregierung erwarten. Martti Ahtisaari hatte sich bereits als UNO-Vertreter in Namibia im Sinne der westlichen Länder profiliert, der frühere spanische Außenminister Marcelino Oreja hatte bereits eine Karriere im frankistischen Staatsapparat hinter sich. Der Bericht beinhaltet zwar Kritik an der Rhetorik der FPÖ, auch am Rechtsstaatsverständnis des freiheitlichen Justizministers Böhmdorfer, empfahl aber die Aufhebung der Sanktionen (Der Weisen-Bericht 2000).

Damit hat die EU für national-liberale Projekte, die nach rechts weit offen sind, den Freifahrtschein erteilt. Die »nationale Offensive« der ÖVP/FPÖ-Regierung gegen die EU, die mit einer Abkehr der ÖVP von einer vertieften Integration einhergeht (Mayer 2000), könnte in anderen Staaten Schule machen. In diesem Fall würde einer Vertiefung der euro-liberalen Integration, die sich in Richtung auf eine Fortentwicklung europäischer Staatlichkeit entwickeln könnte, ein eher lockerer Zusammenschluß nationalliberaler Projekte entgegengesetzt. Einen derartigen Gegenpol sieht der ungarische Sozialwissenschaftler László Andor (2000: 30) entlang der Achse Stoiber-Schüssel-Orbán bereits im Entstehen. Deren politisches Projekt eint neben ihrer nationalliberalen Ausrichtung eine revisionistische Haltung zur Nachkriegsordnung nach 1918 bzw. 1945 (sh. zu dieser Frage Dancs 2000). Sie würde mit einem Wahlsieg der italienischen Rechten weiteren Auftrieb bekommen. Damit zeigt sich, daß der Kern eines nationalliberalen Projekts mit mehr oder weniger autoritären Tendenzen in Regionen liegt, die sich durch eine späte Bildung bürgerlicher Nationalstaaten und weit zurückreichende autoritäre Politiktraditionen auszeichnen. Die Blockierung einer Fortentwicklung der europäischen Staatlichkeit seitens der Nationalliberalen würde auch eine Demokra-

tisierung der EU blockieren, die vielleicht einmal Ansatzpunkte für eine progressivere europäische Politik darstellen könnte. Insofern könnte die Bildung der Rechtsregierung in Österreich weitreichende Konsequenzen für den weiteren Prozeß der europäischen Integration haben. Sie könnte zur Avantgarde einer nationalen Rechten werden. Dies macht Österreich zu einer Herausforderung nicht nur für die Linke, sondern auch für europäisch orientierte liberal-konservative Kräfte.

Literatur

- Andor, László (2000): Trends and strategies in the East-West integration in Europe. In: Kurswechsel, Nr. 3, S. 24-32
- Bailer, Brigitte, Wolfgang Neugebauer und Heribert Schiedel (2000): Die FPÖ auf dem Weg zur Regierungspartei. Zur Erfolgsgeschichte einer rechtsextremen Partei. In: Scharsach, Hans-Henning (Hg.): Haider. Österreich und die rechte Versuchung. Reinbek, S. 105-127
- Becker, Joachim (1998a): Regionale Integration und Regulation: EU und Mercosur im Vergleich. In: Journal für Entwicklungspolitik, XIV (2), S. 119-138
- Becker, Joachim (1998b): Der kurze Traum der immerwährenden Demokratie. In: Kurswechsel, Nr. 1, S. 11-22
- Becker, Joachim und Andreas Novy (1999): Divergence and convergence of national and local regulation: the case of Austria and Vienna. In: European Urban and Regional Studies, 6(2), S. 127-143
- Becker, Joachim und Werner G. Raza (1999): Great crisis or permanent crisis: some notes on a comparative periodisation of Austria and Uruguay. In: Proceedings of Segundas Jornadas de Historia Económica. Montevideo
- Berghold, Joe und Klaus Ottomeyer (1995): Populismus und neuer Rechtsruck in Österreich im Vergleich mit Italien. In: Sieder, Reinhard, Heinz Steinert und Emmerich Tálos (Hg.): Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur. Wien, S. 314-330
- Bobbio, Norberto (1988): Die Zukunft der Demokratie. Berlin
- Boron, Atilio A. (1994): Estado, capitalismo e democracia na América Latina. Rio de Janeiro
- Bratic, Ljubomir (2000): Soziopolitische Organisationen der MigrantInnen in Österreich. In: Kurswechsel, Nr. 1, S. 6-20
- Cinar, Dilek, Ulrike Daly und Harald Weinrauch (1999): Rechtliche Instrumente der Integration von Einwanderern im europäischen Vergleich. In: Fassmann, Heinz, Helga Matuschek und Elisabeth Menascé (Hg.): Abgrenzen, ausgrenzen, aufnehmen: Empirische Befunde zu Fremdenfeindlichkeit und Integration. Klagenfurt, S. 43-74
- Claussen, Detlev (2000): Das Verschwinden des Sozialismus. Zur ethnonationalistischen Auflösung des Sowjetsystems. In: Hannoversche Schriften 2. Kritik des Ethnonationalismus. Frankfurt/M., S. 16-41
- Cox, Robert W. (1987): Production, Power, and World Order. New York
- Daneš, Martin (2000): Haider skrz Haidery další. In: Mezinárodní Politika, 24(6), S. 3
- Dachs, Herbert (1995): Das Parteiensystem. In: Tálos, Emmerich et. al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien, S. 143-159
- Deppe, Frank (1999): Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Die Anfänge. Hamburg
- Der Weisen-Bericht (2000). In: Kopenig, Margaretha./Kotanko, Christoph: Eine europäische Affäre. Der Weisen-Bericht und die Sanktionen gegen Österreich. Wien, S. 35-88
- Elste, Alfred (1998): Entwicklungslinien des Kärntner Parteiensystems nach 1945. In: Elste, Alfred und Dirk Hänisch: Die Kärntner Parteien und ihr Umgang mit dem Nationalsozialismus nach 1945. Klagenfurt, Ljubljana, Wien, S. 17-163
- Etzersdorfer, Irene (1996): „Am österreichischen Wesen soll die Welt genesen“. Zur gesellschaftlichen Funktion des Österreich-Mythos nach 1945. In: Kos, Wolfgang und Georg Rigele (Hg.): Inventur 45/55. Wien, S. 86-102
- Fernandes, Florestan (1987, 3. Aufl.): A revolução burguesa no Brasil. Rio de Janeiro
- Fiala, Petr (1999): Svobodomyšlná strana Rakouska (FPÖ). In: Dančák, Bretislav und Petr Fiala (Hg.): Nacionalistické politické strany v Evropě. Brno, S. 53-70

- FPÖ (1999): Das Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs. Beschlossen am 30. Oktober 1997. In: Kotanko, Christoph (Hg.): Die Qual der Wahl. Die Programme der Parteien im Vergleich. Wien, S. 105-152
- Gstettner, Peter (2000): Die gefährliche Mischung des Jörg Haider: Rechtspopulismus plus Rassismus. In: Kurswechsel, Nr. 1, S. 97-107
- Hanisch, Ernst (1994): Österreichische Geschichte 1890-1990: der lange Schatten des Staates. Wien
- Hänisch, Dirk (1998): Kontinuität des Wahlverhaltens im Übergang zur Zweiten Republik in Kärnten. In: Elste/Hänisch, a.a.O., S. 165-285
- Harszti, Miklós (2000): Ein Schatten über dem Osten. In: Der Standard, 11.5., S. 39
- Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin
- Johnston Arthur, Araba Evilyn und Andreas Görg (2000): Campaigning against racism. In: Kurswechsel, Nr. 1, S. 21-32
- Krivák, Vladimír, Viera Feglová und Daniel Balko (1996): Slovensko a jeho regióny. Sociokultúrne súvislosti volebného správania. Bratislava
- Lanthaler, Werner (2000): Trotzdem eine Chance geben. In: industrie, 10.2., S. 45
- Lehart, Gustav und Rainer Münz (1999): Die Österreicher und ihre 'Fremden'. Meinungen und Einstellungen zu Migration, ausländischer Bevölkerung und Ausländerpolitik. In: Fassmann et al., a.a.O., S. 15-32
- Levko, Marian (o.J.): Mečiar a mečiarismus. Politik bez skrupúl, politika bez zábran. Bratislava
- Luther, Kurt Richard (1991): Die Freiheitliche Partei Österreichs. In: Dachs, Herbert et al. (Hg.): Das politische System Österreichs. Wien, S. 247-262
- Manoschek, Walter (1995): Verschmähte Erbschaft. Österreichs Umgang mit dem Nationalsozialismus 1945-1955. In: Sieder, Reinhard et al., a.a.O., S. 94-106
- Marx, Karl und Friedrich Engels (1958): Die deutsche Ideologie. In: MEW, Bd. 3. Berlin
- Mayer, Thomas (2000): Der Kanzler am Rande. In: Der Standard, 16.5, S. 36
- Melinz, Gerhard und Gerhard Unger (1996): Wohlfahrt und Krise. Wiener Kommunalpolitik 1929-1938. Wien
- Menasse, Robert (2000): Dummheit ist machbar. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.2., S. 57
- Mészáros, Jozsef und István Szakadát (1999): Territorial distribution of election results. In: Kolosi, Tamás, István Toth und György Vukovich (Hg.): Social Report 1998. Budapest, S. 409-430
- Müller, Bernhard (2000): Was ist Rechtspopulismus? In: Sozialismus, Nr. 3, S. 4-6
- Ottomeyer, Klaus (2000): Die Haider-Show. Zur Psychopolitik der FPÖ. Klagenfurt
- ÖVP/FPÖ (2000): Österreich neu regieren. Wien (<http://193.170.194.118/service/fpoe-oevp/index.htm>)
- Pareto, Vilfredo (1906): Manuale di economia politica con una introduzione alla scienza sociale. Milano
- Pareto, Vilfredo (1964): Cours d'économie politique. Genève
- Pelinka, Anton (2000): Die rechte Versuchung. SPÖ, ÖVP und die Folgen eines falschen Tabus. In: Scharasch, Hans-Henning, a.a.O., S. 46-66
- Pelinka, Anton und Sieghinde Rosenberger (2000): Österreichische Politik: Grundlagen – Strukturen – Trends. Wien
- Ptak, Ralf und Herbert Schui (1998): Das FPÖ-Dreieck. Rechtsextrêmes Fundament – Neoliberale Substanz – Marktgerechte Präsentation. In: Kurswechsel, Nr. 1, S. 98-113
- Reinfeldt, Sebastian (2000): Nicht-wir und Die-da. Studien zum rechten Populismus. Wien
- Sandgruber, Roman (1995): Österreichische Geschichte: Ökonomie und Politik. Wien
- Scharasch, Hans-Henning (1992): Haider's Kampf. Wien
- Scherb, Margit und Inge Morawetz (Hg., 1990): In deutscher Hand? Zu den Beziehungen Österreich-BRD. Wien
- Staudinger, Anton (1988, 3. erw. Aufl.): Austrofaschistische ›Österreich‹-Ideologie. In: Tálos, Emmerich und Wolfgang Neugebauer (Hg.): ›Austrofaschismus‹. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934-1938. Wien, S. 287-316
- Toká, Gábor (1998): Voting behaviour. In: Kolosi, Tamás et al., a.a.O., S. 389-408
- Traxler, Franz (1993): Vom Nachfrage- zum Angebotskorporatismus? In: Tálos, Emmerich (Hg.): Sozialpartnerschaft. Kontinuität und Wandel eines Modells. Wien, S. 103-116